



**FDP-Fraktion  
im Rat der Stadt Essen**

**Haushaltsrede am 28.11.2018  
zum Haushalt 2019**

**SPERRFRIST BIS NACH DEM ENDE DER  
GEHALTENEN REDE**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,**

Oberbürgermeister Thomas Kufen hat seine Rede zur Einbringung des Haushaltes 2019 vor wenigen Wochen mit dem Ausspruch „to protect and to serve“ betitelt. Ob dies tatsächlich allein der von ihm skizzierten Rollenveränderung kommunaler Verwaltungen geschuldet war oder doch eine heimliche Hommage an das 55-jährige Jubiläum dieses Ausspruches als Motto des Los Angeles Police Departments darstellte, kann ich selbstverständlich nicht abschließend beurteilen. Klar jedoch ist in den Augen der Essener FDP, dass zu schützen und zu dienen vor allem für das steht, was auch ein jedes Ratsmitglied sich immer wieder vor Augen führen sollte - zum Wohle der Stadt zu handeln und zu entscheiden.

Nach den Doppelhaushalten vergangener Jahre beschäftigen wir uns nunmehr alleine mit dem Jahr 2019. Kommende Wahlen und die sich daraus möglicherweise ergebenden Stärkeveränderungen im Essener Rat werfen also bereits ihre Schatten voraus.

Wir Freien Demokraten sehen unabhängig von Wahlzyklen eine generationengerechte und solide Haushaltspolitik als Basis für jedwede politische Entscheidung an.

Finanzpolitik ist und bleibt das Minenfeld, auf dem sich kommunale Politik bewegt. Heutige Haushaltsanträge politischer Mitbewerber belegen dies nachhaltig. Schaue ich mir die beantragten Steuer- und Gebührenerhöhungen an, mit denen augenscheinlich Klientelpolitik finanziert werden soll, denke ich mit Schmunzeln an ein Meme, das vor Kurzem über die sozialen Netzwerke geteilt wurde.

Dort wurde die Frage aufgeworfen, was belege, dass St. Martin kein Sozialist gewesen sei? Die Antwort fiel klar aus, er habe schließlich seinen eigenen Mantel geteilt.

Vielleicht sollten sich manche hier im Saal diese Anekdote zu Gemüte führen, bevor sie bspw. die Gewerbesteuer weiterhin zu einer Gewerbevertreibungssteuer verschärfen wollen. Wir Freien Demokraten

stellen uns weiterhin konsequent gegen Steuererhöhungen. Gleichzeitig sind wir uns der Auflagen des Stärkungspaktes bewusst und werden daher momentan keine Show-Anträge über Gebührensenkungen unterstützen oder uns gegen vertraglich vereinbarte Gebührensatzungen stellen.

Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp hat Recht. Und dies sagen wir Freidemokraten aus klarer Überzeugung. Er hat Recht mit seiner Forderung nach ausgeglichenen Haushalten. Er hat Recht mit seinem Einfordern nachhaltigen Schuldenabbaus. Und er hat Recht mit seinem Wunsch nach einer klaren Investitionsstrategie. Diese finanzpolitische Dreifaltigkeit darf nach unserer Sicht gerne das Credo zukünftiger Stadthaushalte werden.

Einzig, und das zeigt die Hürden eines an sich plausiblen Vorgehens, ganz unabhängig sind wir in Essen nicht. Externe Einflüsse haben uns auch in jüngster Vergangenheit so manchen Strich durch die Rechnung gemacht. Was die Zukunft uns diesbezüglich bereithält, wir können es nur vermuten. Doch Zinsänderungsrisiko, mögliche Konjunkturschwäche, steigende Transferleistungen, die Liste mutmaßlicher Haushaltsrisiken ist nahezu unerschöpflich.

Nach der Klieve-Kurve ist vor der Entschuldungsstrategie  $100 + x$ .

Das aktuelle negative Eigenkapital unserer Stadt triebe jede privatwirtschaftliche Unternehmung in die Insolvenz. Der Schuldenstand insbesondere bei den Kassenkrediten bleibt trotz Niedrigzinsphase unerträglich.

Auf diesem Sektor finden wir also ausreichend Baustellen. Apropos Baustellen, der lobenden Worte über die überfälligen Investitionen in Schulen, Kitas, Sportanlagen und Verkehrsinfrastruktur sind spätestens nach den Worten der Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU genügend gefallen. Möglich machen dies Fördermittel von Bund und Land sowie Eigenmittel der Stadt Essen. Unser herzlicher Dank für letztere gilt allen, die mit ihren Steuern und Abgaben für die Rekordeinnahmen unserer Stadt sorgen.

Es sind auch genau diese Einnahmen, die uns alle zur besonderen Obacht verpflichten. Nachhaltigkeit ist unserer Auffassung nach das Gebot der Stunde. Wissend, dass nicht jedweder Sanierungstau innerhalb weniger Monate abgebaut sein wird, müssen wir darauf achten, die Gelder zukunftsfest einzusetzen.

Wir Freien Demokraten fordern daher eine ganzheitliche Betrachtung bei Baumaßnahmen. Es muss Schluss damit sein, Teilsanierungen an Gebäuden oder Straßen durchzuführen, die am Ende nur dazu führen, dass sich unsere Kinder und Jugendlichen, unsere Sportlerinnen und Sportler oder wir alle auf unseren täglichen Wegen praktisch auf Dauerbaustellen befinden. Daher sind Neubauten, wie die Gustav-Heinemann-Gesamtschule oder das Mammutprojekt BürgerRatHaus unsere Präferenz.

Entscheidend für unsere Vorstellung von Nachhaltigkeit ist und bleibt die Frage nach Umgang und Pflege mit den städtischen Einrichtungen. Wir Freien Demokraten wollen verhindern, dass der Blick nach schnellstmöglicher Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit zu derer Wiederholung führt. Daher fordern wir eine Intensivierung der Programme zur Bauunterhaltung. Wir sind uns sicher, nachfolgende Generationen werden es uns danken.

Ein Schreckgespenst der heutigen Zeit hat sich still und leise in die Ratsvorlagen und Aufsichtsratsbeschlüsse unserer Stadt geschlichen: die Gutachteritis. Sobald eine neue Herausforderung in Angriff genommen wird, eine neue Idee zu entwickeln ist oder ein Problem unlösbar erscheint, der nächste Beratervertrag ist schnell geschlossen.

Ein Gutachten hier, eine Expertise dort, und das obwohl es zu fast allen Fragen innerhalb der Verwaltung oder der städtischen Beteiligungen entsprechendes Fachpersonal gibt. Grund hierfür ist in unseren Augen vor allem zweierlei: Zum einen die Angst vor der eigenen Courage und zum anderen die in heutiger Zeit allzu schnell aufgeworfene Schuldzuweisung, wenn es einmal nicht so läuft wie geplant. Verstehen Sie mich nicht miss, wenn durch Vorsatz oder auch Fahrlässigkeit Schaden entsteht, müssen entsprechende Konsequenzen folgen. Was aber aufhören muss, sind die voreiligen und meist unhaltbaren Anfeindungen, denen sich Entscheidungsträger in Verwaltung, Politik oder städtischen Unternehmen stellen müssen.

Wir Freien Demokraten werben für eine Umkehr zu mehr Vertrauen in das Fachwissen und mehr Rückhalt für die Beschäftigten unserer Stadt. Und aus dieser Überzeugung heraus fordern wir den Schluss mit den unzähligen Personalberatern, Prozessoptimierern und externen Gutachtern. Das hier gesparte Geld ist im Sinne der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.

Konkret vermissen wir im vorgelegten Haushaltsentwurf die Berücksichtigung einiger Themenbereiche, die wir in unseren Änderungsanträgen korrigieren möchten. Zuallererst sehen wir mit großer Freude den Elan und die Begeisterung, mit denen das städtische Marketing in den letzten Monaten vorangetrieben wurde. Steigende Übernachtungszahlen und damit gestärkte Wirtschaftskraft für Hotellerie, Gastronomie und auch den stationären Einzelhandel ist die Folge. Um diesen Schwung auch in die Mittelzentren mitzunehmen und die Essen Marketing GmbH entsprechend auszustatten, wollen wir die angedachte Mittelerhöhung um weitere 750.000 Euro steigern.

In gleicher Weise sehen wir die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft unterfinanziert. In einem schwierigen, weil durch Flächenengpässe gekennzeichneten, Tätigkeitsfeld leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EWG hervorragende Arbeit und müssen zukünftig insbesondere im Bereich von Start Ups noch besser aufgestellt werden. Auch hier sehen wir eine Steigerung der Zuschüsse für gerechtfertigt.

Die bereits angesprochene ganzheitliche Betrachtung bei Bau- und Sanierungsvorhaben sowie die erhöhten Mittelzuweisungen der Bauunterhaltung gilt es selbstverständlich auch im Sportbereich umzusetzen. Darüber hinaus fordern wir Freien Demokraten eine bessere Unterstützung der Vereine, die gemäß der evN-Nutzung ihre Sportanlagen bewirtschaften.

Wir sehen auch die Notwendigkeit, statt durch Mittelüberschreibung über Grundstückstausche Klarheit in die zukünftige Nutzung von Liegenschaften zu bekommen. Hier sollte zum Beispiel der Bolzplatz an der Pelmannstraße und der Parkplatz an der Ardelshütte der SBE und im Gegenzug die aufgegebene Sportanlage an der Hamburger Straße und der Bürgerpark in Altenessen an Grün und Gruga getauscht werden.

Seit dieser Haushaltsperiode ist Grün und Gruga nunmehr als Stadtamt in die Kernverwaltung zurückgekehrt. Die FDP hat diese Entscheidung mitgetragen, wurden uns unter anderem durch Einsparungen in den Querschnittsfunktionen Einsparungen von 300.000 Euro pro Jahr prognostiziert. Ob diese anhaltend erreicht wurden, muss sich erst noch zeigen.

Grundsätzlich zeigen sich im neu geschaffenen Stadtamt Grün und Gruga nach wie vor eine Vielzahl von Problemstellungen. Das Landhaus, die Zukunft der Rollschuhbahn, das Gradierwerk im Bereich des Grugaparks und die Wirtschaftlichkeit der Friedhöfe müssen zeitnah geklärt werden. Wir Freien Demokraten stehen zur Bewirtschaftung unserer städtischen Wälder, die als Erholungsgebiete für die Bürgerinnen und Bürger dienen. Dazu zählt auch die Wegesicherung durch Grün und Gruga.

Ein ganz anderes Thema ist die weitere Entwicklung der Grünen Hauptstadt Agentur mit den Zielen der Grünen Dekade. Im Abschlussbericht zur Grünen Hauptstadt Europas 2017 heißt es sinngemäß, dass der Abstraktionsgrad, in dem sich die Ziele der zwölf Handlungsfelder zeitlich und thematisch bewegen, derart hoch ist, dass sich eine Zielerreichung nicht messen lässt. Dies kann in unseren Augen nicht Erfüllungsgrad eines mit hohen Steuermitteln subventionierten, und allseits gelobten Leuchtturmprojekts bleiben. Wir fordern daher eine Überarbeitung mit einer realistischen Machbarkeitseinschätzung zu einzelnen Feldern. Uns ist es lieber in einzelnen Bereichen Fortschritte zu erzielen, als im Gesamten hinter den Erwartungen zurück zu bleiben.

Um den zahlreichen Sponsoren aus der Privatwirtschaft gerecht zu werden, sehen wir insbesondere den Bereich der innovativen Smart City Essen als eminent an.

Im Kulturbereich steht Essen nach wie vor für ein breites Angebot sowohl in der Hochkultur als auch in der freien Kulturszene. Die gestiegenen Landeszuweisungen geben der Theater und Philharmonie GmbH zumindest kurzfristig deutlich mehr Planungssicherheit. Im Bereich der Kulturförderung sehen wir Freien Demokraten die Notwendigkeit, eine Gesamtbetrachtung aller städtischen und bezirklichen Förderungen zu vollziehen und anschließend über die Mittelausstattung und Zuschusshöhe zu beraten. Derzeit lehnen wir eine Erhöhung ab.

Sicherheit und Sauberkeit sind Themen, die uns nicht allein an die Innenstadtentwicklung und die sich in den letzten Jahren verstärkten Probleme denken lässt. Die konsequente Null-Toleranz-Linie von Stadt, Polizei und Justiz gegenüber Problemklientel unterstützen wir ebenso wie die Maßnahmen des Aktionsplans „Essen bleib(t) sauber“. Die Stadt Essen soll nach unserer Auffassung in Fragen von Sicherheit und Sauberkeit wieder Vorbildfunktion im Ruhrgebiet

übernehmen, denn ohne diese Attribute sind Bemühungen des Marketings, der Quartiersentwicklung und der Wirtschaftsförderung bedauerlicherweise sinnfrei.

Die Investitionen in Schulgebäude werden ohne Widerspruch unsererseits mitgetragen. Bildungseinrichtungen sind der Grundstein für die Entwicklung unserer Kinder und setzen Meilensteine für deren späteres Leben. Daher sind auf kommunaler Ebene alle Anstrengungen zu unternehmen, ein adäquates Lernumfeld zu schaffen. Dazu gehören Klassenräume ebenso wie Sport- und Bewegungsbereiche sowie ordentliche sanitäre Anlagen.

Wir Freien Demokraten wollen auch zukünftig die Wahlfreiheit der Eltern durch ein breit gefächertes Schulformangebot sichern. Nicht ideologische Zwänge erbringen beste Förderung des einzelnen Kindes, sondern eine individuelle Betreuung nach den Bedürfnissen und Stärken der Schülerinnen und Schüler.

Die Digitalisierung des Lernens wird unserer Meinung nach noch zu zögerlich angegangen. Auch wenn der Bund zukünftig endlich in diesem Bereich tätig werden kann, müssen auch wir vor Ort unsere sprichwörtlichen Hausaufgaben erledigen. Neben der Einrichtung funktionierender W-Lans in allen Schulen wird auch die digitale Ausstattung wichtiger. Hier muss eine Strategie entwickelt werden, die in Zusammenarbeit mit dem Land kurzfristig Maßnahmen umsetzt. Uns reicht nicht, dass die Stadt Essen in Sachen Digitalisierung nicht ganz hintenansteht, wir möchten unserer Heimatstadt eine Vorreiterrolle in diesem Bereich ermöglichen.

Auch die Stadtverwaltung muss sich gründlich auf Veränderung von Arbeitsprozessen und dem Service für die Bürgerinnen und Bürger in Zeiten der Digitalisierung einstellen. Im Rahmen des Neubaus eines BürgerRatHauses hat die Verwaltung ein entsprechendes Konzept angekündigt, erste personelle Entscheidungen sollen noch heute getroffen werden. Auch hier möchten wir die Stadt ermutigen, die Digitalisierung als große Chance und nicht als Schrecken zu sehen.

Das BürgerRatHaus bringt mich zum Thema Flächennutzung und Stadtentwicklung. Mit großer Begeisterung haben wir Freien Demokraten die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Bürgerforums „Wo wollen wir wohnen?“ aufgenommen. Endlose politische Debatten über mögliche und unmögliche

Wohn- und Gewerbeentwicklung haben diese Stadt, die sich zu unser aller Freude wieder zu einer wachsenden Gemeinde entwickelt, allzu lange gehemmt. Wir benötigen die Ausweisung von Flächen zur Stadtentwicklung.

Daher haben wir als FDP unter anderem die Umsiedlung von Kleingartenanlagen ins Spiel gebracht. Darüber hinaus ist uns eine qualitative Aufwertung von besonderer Wichtigkeit. Daher unterstützen wir gezielte Ankäufe innerhalb von Problemvierteln, machen aber ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ohne die privaten Wohnungs- und Hauseigentümer ein solches Unterfangen end- und hilflos erscheint. Wir betrachten daher eine Koordinierungs- oder besser Informationsstelle innerhalb der Stadtverwaltung als Bindeglied städtischer und privater Quartiersentwicklung für unumgänglich.

Ein wichtiger Pfeiler für eine lebenswerte Stadt ist und bleibt auch zukünftig die Frage nach Mobilität und Verkehrsfluss. Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, wenn ich mich wiederhole und das verhängte Dieselfahrverbot für unsere Stadt als eine der grundlegend misslichsten und unbegründeten Entscheidungen der letzten Jahre betrachte. Willkürliche Grenzwerte, uneinheitliche Messrichtlinien, unbeachtete Einflüsse und noch immer fragwürdige Verschlimmbesserungen lassen mich im Grunde mit dem Kopf schütteln. Dennoch bleibt die Frage ungeklärt, wie es zukünftig mit der Mobilität in unserer Stadt weitergehen soll. Mit großer Mehrheit wurde die Fortschreibung des Nahverkehrsplans beschlossen. Mit der Bahnhofstangente erhält der ÖPNV eine deutliche Stärkung. Investitionen in das Radwegenetz und Maßnahmen des verwirrend titulierten Masterplans Verkehr, wie die umweltsensitive Ampelsteuerung, sollen Verkehrsflüsse steuern. Alles richtig, alles wichtig. Nur die laut jeglicher Studie luftverbessernste Maßnahme wird wie immer ausgespart – die Durchstreckung der A 52 mit dem Ruhralleetunnel.

Im Bereich des ökologischen ÖPNVs sind andere Kommunen leider weiter als wir. Die Stadt Köln erhält Fördergelder für die Anschaffung von Bussen mit Brennstoffzellen und einer dafür notwendigen Tankstelle. Das EU-Projekt JIVE und das nationale Förderprojekt NIP senken die Kosten auf nahezu Dieselniveau. Dies wäre auch für Essen sicherlich wünschenswert.

Zu guter Letzt erlauben sie mir noch einen Blick auf die städtischen Beteiligungsunternehmen. Es wird sie nicht verwundern, dass wir mit den



bislang erzielten Ergebnissen bezüglich Reduzierung und Zusammenführung in diesem Bereich alles andere als zufrieden sind. Wir teilen auch die Auffassung der Stadtkämmerei, dass der Beitrag der Stadttöchter zur Haushaltskonsolidierung nicht in Gänze ausgeschöpft ist. Wir fordern daher Geschäftsführungen und Aufsichtsräte auf, sich diesem Gesamtprojekt Entschuldung unserer Heimatstadt stärker als bislang zu verpflichten und einen größeren Anteil zum Wohle unserer Heimat und der Gerechtigkeit für kommende Generationen zu leisten.

Ein großer Dank geht abschließend an den Stadtkämmerer, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei sowie die Geschäftsbereichsvorstände und ihren Teams für die intensive Arbeit rund um Haushaltsaufstellung und -beratung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Essener Stadtverwaltung und ihrer Beteiligungen gilt unser Dank für ihre Mitarbeit in den vergangenen Haushaltsjahren.

„To protect and to serve“ – wie sie sehen konnten, teilen wir Freien Demokraten nicht jede Einschätzung des Oberbürgermeisters. Dennoch möchten wir uns auch bei ihm für seinen Einsatz für diese Stadt herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren,

Glück auf!